

Danziger Zeitung.

Nr. 18599.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettlerhagergasse Nr. 4, und bei allen hiesigen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 13. Novbr. (Privattelegramm.) Die Verhandlung über die Steuervorlage im Abgeordnetenhaus wird wahrscheinlich am nächsten Donnerstag erfolgen. Dann folgen die ersten Lesungen der Landgemeindeordnung und des Schulgesetzes. Ferner kommt ein Gesetz betreffend die lex Huene.

London, 13. Nov. (Privattelegramm.) Zwecks Besprechung der Judenverfolgung in Russland findet am 27. November eine große Versammlung unter dem Vorsitz des Lordmanors von London statt.

London, 12. November. (M. Z.) Der englische Kreuzer „Serpent“ ist nach hier eingegangenen Nachrichten beim Cap Villano an der spanischen Küste gescheitert.

Madrid, 13. Novbr. (M. Z.) An Bord des bei Cap Villano gescheiterten englischen Kreuzers „Serpent“ befanden sich 276 Personen, von denen nur drei gerettet wurden.

Newyork, 13. Nov. (Privattelegramm.) Der Präsident von Honduras hat die Rebellen geschlagen und verfolgt dieselben.

Politische Uebersicht.

Danzig, 13. November.

Die Eröffnung des Landtages

bildet natürlich heute das erste politische Thema in allen öffentlichen Erörterungen. Sämtliche Berliner Blätter beschäftigen sich mehr oder weniger eingehend mit der Thronrede, die Mehrzahl in freundlichem Tone. So schreibt selbst die radikale „Volkszeitung“:

„Die Thronrede macht, alles in allem, und auch abgesehen von dem hochherzigen Vertrauen auf die fernere Erhaltung des Friedens, die in ihrem vorletzten Absätze ausgesprochen ist, einen nicht ungünstigen Eindruck. Sie ist sachlich gehalten und dabei doch nicht ohne eine gewisse innere Wärme; sie unterscheidet sich infolgedessen von der Thronrede der Bismarckschen Ära, die entweder im düstern Kainestil abgefaßt waren oder sich in allgemeinen hochtrabenden Redewendungen ergingen. Offenbar hat, namentlich in der ersten Hälfte der Urkunde, die Hand und noch mehr der Kopf des Herrn Miquel in maßgebender Weise regiert; das ist die sozialpolitische Färbung, welche namentlich durch die Ausführungen der Thronrede über die angekündigten Steuervorlagen hindurchscheint.“

Um ein Urtheil von der konservativen Seite zu vergleichen, so sagt die „Kreuzzeitung“ in vorfichtiger Zurückhaltung:

„Die Thronrede hat der heute eröffneten Landtagssession ihre Aufgabe gestellt; wie weit sie einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden wird, steht dahin. Die naturgemäß knappen Umrisse, mit denen in der Thronrede die Reformvorlagen gezeichnet werden, geben selbstverständlich noch kein so greifbares Bild derselben, daß die Parteien schon jetzt Stellung zu nehmen in der Lage wären. Das Vertrauen aber wird man zu ihnen haben dürfen, daß sie alle von der Nothwendigkeit einer mannigfachen legislatorischen Reformarbeit überzeugt und auch entschlossen sind, soweit ihnen ein Bedürfnis dafür nachgewiesen wird, mit Fleiß und Ernst an derselben mitzuwirken.“

Es heißt eben die Mahnung zu gemeinsamer Arbeit wieder einmal ungehört verhallen lassen, wenn man in gänzlich unbegründeter Selbstüberhebung die eine Partei von der Mitwirkung ganz ausschließen, der anderen aber schon im voraus ihren Weg vorschreiben will. Die Thronrede wendet sich an die freundliche Bereitwilligkeit aller Parteien, an dem Reformwerk in Eingabe an das gemeinsame Vaterland mitzuwirken: möge ihr Vertrauen nicht durch parteipolitische Speculationen von vornherein durchkreuzt werden.“

Man sieht, die „Kreuz-Ztg.“ ist doch etwas bescheidener geworden. Früher galt es in diesen Kreisen einfach für eine unberechtigte Annahme, wenn z. B. die Freisinnigen als vollberechtigte Mitarbeiter an den Landtagsarbeiten betrachtet werden wollten; jetzt muß man sich zu einer anderen Sprache bequemen, und das ist immerhin ein Fortschritt.

Die „Liberale Correspondenz“ schreibt u. a.: „Von der Auffassung der lex Huene, wovon in diesem Zusammenhang mehrfach die Rede gewesen ist, sagt die Thronrede nichts. Die Fassung der Güte, welche sich auf die Verwendung der Mehrerträge aus der neuen Einkommensteuer beziehen, läßt erkennen, daß weder von einer Quotifung der Einkommensteuer, d. h. von der ägyptischen Bewilligung nach Maßgabe des Bedarfs, noch von der Contingentierung der Steuern die Rede ist. Indem der Landtag diese erhöhte Steuer bewilligt, begiebt er sich jeden Einflusses auf die Höhe der Einnahmen. Es ist nicht einmal endgültig festgestellt, daß die Mehrerträge zur Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuern an die Gemeinden vermandt werden sollen. Im Bedarfsfalle kann über die Einnahmen auch anderweitig im Etat verfügt werden; also zur Deckung von Mehrausgaben. Mit den bei der Einleitung der Steuerreform, d. h. der Erhöhung der indirecten Reichssteuern, gemachten Versprechungen, daß dadurch die Mittel zur Erleichterung der Communallasten im weiteren Umfang beschafft werden würden, räumt die Thronrede schonungslos auf. Der Etat für das nächste Finanzjahr wird nach ihrer Versicherung die Unthunlichkeit eines Nachtrages auf die bisherigen Staatseinnahmen ohne entsprechenden Ersatz darthun.“ Alles, was von Zöllen und Steuern zur Zeit erhoben wird, ist nach wie vor unentbehrlich. Sollen die Gemeinlasten erleichtert, d. h. wohl die Zuschläge zu der Staats- und Einkommensteuer beseitigt werden, so bedarf es dazu der entsprechenden Erhöhung der Erträge der Einkommensteuer. Mit

diesen Erfordernissen ist es aber noch nicht genug. Der Gesetzentwurf betr. die öffentliche Volksschule soll die Beiträge des Staates zu den Dienst-einkommen, den Alterszulagen und den Pensionen der Volksschullehrer steigern; außerdem auch besondere Mittel bereitstellen, um die Gemeinden bei der Aufbringung der Schulbaukosten zu unterstützen. Eine Deckung für diese Ausgaben kann wiederum nur durch die Erhöhung der Erträge der Einkommensteuer geschaffen werden.

Was die Reform der Gewerbesteuer betrifft, so ist, wie die Thronrede ausdrücklich erklärt, eine Erhöhung des Gesamttaufkommens aus dieser Steuer einschließlich der besonderen Besteuerung der Schankgewerbe nicht beabsichtigt. Durch die Reform dieser Steuer, also durch die stärkere Heranziehung der größeren Betriebe sollen also nur die Ausfälle gedeckt werden, welche durch die Steuerbefreiung bez. Erleichterung des Kleinverwerbes entstehen werden. Im übrigen kann eine verhältnismäßige Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen, welche die Thronrede in Aussicht stellt, nur in sehr beschränktem Umfang in Betracht kommen. Ein Urtheil läßt sich darüber erst fällen, wenn die Gesetzentwürfe selbst vorliegen und die einzelnen Steuerstufen bekannt sind. Angeblich soll der bisherige höchste Steuerfuß von 3 Proc. erst bei den Einkommen über 9000 Mk. zur Anwendung kommen.

Erst am letzten Stelle erwähnt die Thronrede den Entwurf einer Landgemeindeordnung für die östlichen Provinzen der Monarchie, die, wie sie sich ausdrückt, den Bedürfnissen einer gesetzlichen Regelung der Landgemeinde-Verfassungen Abhilfe schaffen soll. Gleichwohl ist es in hohem Grade erfreulich, daß die Regierung in so feierlicher Weise die Nothwendigkeit dieser Reform hervorhebt. Nicht nur sind die zur Zeit bestehenden gesetzlichen Vorschriften unzureichend; sie entsprechen auch nicht der Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und reichen nicht aus, die Entwicklung communalen Lebens in den Gemeinden zu fördern. Die Reform soll zugleich die Erfüllung der den Gemeinden obliegenden öffentlich-rechtlichen Aufgaben sichern, die Vertheilung der Gemeindefähigkeit angemessen regeln und für die selben leistungsfähige Träger schaffen. Auf-fälliger Weise deutet die Thronrede in keiner Weise an, daß auch nach der Auf-fassung der Regierung diese Reform der Land-gemeindeordnung die notwendige Voraus-setzung ist für die Durchführung der Steuer-reform, d. h. für die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuern an die Gemeinden. Denn die Ueberweisung dieser Steuern an die be-stehenden Gemeinden und an die selbständigen Gutsbezirke würde in der Praxis der Befreiung der letzteren von der Grund- und Gebäudesteuer gleichkommen. An diesen Bedenken ist bisher der Gedanke einer Steuerüberweisung gescheitert. Von liberaler Seite wird die Regierung auf eine Unterstützung ihrer Reformpläne nicht rechnen können, so lange die Umgestaltung der Land-gemeindeordnung im Osten nicht als integrierender Theil der Reform behandelt wird.“

Zu dem Passus von der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Communal-verbände äußert auch die nationalliberale „National-Zeitung“ Bedenken, indem sie bemerkt: „An den letzteren Satz wird sich vermutlich alsbald die Befürchtung anknüpfen, daß der Mehrertrag doch vielleicht nicht zu Entlastungen verwendet werden würde; an diese Verwendungfrage werden sich überhaupt mannigfache Controversen anschließen, deren Erledigung eine Voraussetzung des Gelingens der Steuerreform in ihrer Gesamtheit ist. Hier ist auch der Punkt, wo die Steuerreform im Zusammenhang mit der Reform der ländlichen Gemeindeordnung steht: diese ist die Voraussetzung von dauernden Ueberweisungen an Communalverbände; der schlechte Gebrauch, welcher vielfach von den Ueberweisungen auf Grund des Ge-fetzes Huene an die Kreise gemacht worden, schließt jede Wiederholung dieses Verfahrens aus.“

Auf die Stimmung der Berliner Börse wirkte die Thronrede dem „B. Tagebl.“ zufolge günstig ein. Besonders beachtet wurde der Passus über die Gewerbesteuer, wonach die ursprünglichen Nachrichten über die Erhöhung derselben für die Großbetriebe, speciell die Actiengesellschaften, sehr übertrieben waren, und vielmehr nur der bis-herige Ertrag der Gewerbesteuer eine ander-weitige, die großen Betriebe relativ stärker heran-ziehende Vertheilung erfahren soll. Des weiteren befriedigte die Börse der Passus über die Er-gänzung des Eisenbahnnetzes, und selbstverständlich begegneten auch die Auslassungen über die freund-liche Lage der Politik einer sympathischen Be-urtheilung.

Die kleineren Landtagsvorlagen.

Von den kleineren Vorlagen, welche die Thron-rede ankündigt, entspricht die Regelung des Pensionswesens der Lehrer an den mittleren Schulen dem wiederholten Beschlusse des Land-tages. Die Wegeordnung für die Provinz Sachsen, die Städteordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden sind aus den Verhandlungen der Provinziallandtage bereits bekannt. Auch die Neu-regelung der Gewerbeinspektion im neuen Etat ist bereits wiederholt, neuerdings durch die Er-klärungen des Handelsministers in der Reichstags-commission für die Gewerbenovelle in Aussicht gestellt worden. Die Vorlage betreffend die Ab-änderung der Bestimmungen der Städteordnung bezüglich der Wahl der Stadtverordneten war bereits in der vorigen Session in beiden Häuser be-schlossen. Die jetzige Regierungsvorlage, welche dem Herrenhause bereits vorliegt, hat nur eine etwas andere Formulierung und einen Zusatz be-treffend den Modus der Wahl bei der Verbindung

von Ersatzwahlen mit Ergänzungswahlen erhalten. Auch der Gesetzentwurf, welcher die Hundesteuer in den alten preussischen Provinzen von 9 auf 20 Mk. erhöhen soll, ist dem Herrenhause zu-gang. Dasselbe gilt von einem in der Thron-rede nicht erwähnten Gesetzentwurf betreffend die außerordentliche Armenlast. Die Vorlage ver-pflichtet die Landarmenverbände, für Bewachung, Kur und Pflege der hilfsbedürftigen Geistes-kranken, Idioten, Epileptischen, Taubstummen und Blinden Anstalten in der erforderlichen Zahl und Größe einzurichten und zu unterhalten, vor-behaltlich des Ertrages der Kosten durch den Dis-armenverband, bezw. den Kreis. Vermißt wird — wenigstens im Centrum — die Ankündigung betr. Wiedervorlegung des Sperrgeldergesetzes, auf welche dasselbe mit großer Bestimmtheit ge-rechnet hatte. Vorläufig hält man an der An-nahme fest, daß die Wiedervorlegung dieses in der letzten Session an dem Widerspruch des Centrums gescheiterten Gesetzes gleichwohl beab-sichtigt sei. Ob das zutreffend ist, wird sich ja bald zeigen.

Zu den Ausgaben für Ostafrika.

welche im Etat für 1891/92 auf 3 1/2 Mill. Mk. veranschlagt sind, wird die ostafrikanische Ge-sellschaft etwa 1 Mill. Mk. beitragen. Eine halbe Million wird aus sonstigen östlichen Einnahmen gedeckt. Dem Reich würden also, wie die „Allg. Ztg.“ wissen will, nur 2 Millionen zur Last fallen. Aus dieser Summe sind nicht nur die Verwal-tungskosten, sondern auch die sehr bedeutenden Ausgaben zu decken, welche das Reich auf Grund der Beschlüsse des Reichstages und der Brüsseler Konferenz zur Unterdrückung des Sklavenhandels aufzunehmen hat. Im Jahre 1889/90 betrugen die Ausgaben für die Wissmann'sche Expedition 4 Millionen, 1890/91 4 1/2 Mill. Mk.

Die Vorbedingungen für den Einjährig-Freiwilligendienst.

Die künftige Gestaltung der Vorbedingungen für den Einjährig-Freiwilligendienst wird mög-licher Weise bei den Verhandlungen der „Con-ferenz zur Berathung von Fragen des höheren Schulwesens“ zur Sprache kommen, wenn auch kaum seitens der Regierungs-Commissarien, so doch aus dem Schooße der Versammlung heraus. Gegenüber dem von maßgebender Seite empfohlenen Princip, das Reifezeugniß eines Gymnasiums oder einer lateinlosen bürgerlichen Schule als Vorbedingung für den Einjährig-Freiwilligendienst festzuhalten, war der frühere Kriegsminister v. Verdy, dem Vernehmen der „Staaten-Corr.“ nach, anderer Anschauung. Die über die Angelegenheit schwebenden Verhand-lungen sind noch zu keinem Abschluß gediehen.

Die deutsch-englischen Verhandlungen über Kamerun.

Bei den gegenwärtig stattfindenden Unterhand-lungen zwischen Deutschland und England betref-fs Regelung der Kameruner Grenzfrage handelt es sich, wie die „Z. Rundsch.“ erfährt, lediglich um die Festlegung des südlichen Endes der von den „Rapids“ (Stromschnellen) des Croßflusses nach dem Meere zu auslaufenden Grenzlinie. Während das deutsch-englische Abkommen vorläufig das obere (nördliche) Ende des Rio del Rey Krieks (schmalen Meerbusens) als südlichen Ausgangs-punkt der Grenzlinie festsetzt, wünscht Deutsch-land gegenwärtig denselben mehr nach dem Westen zu verlegen. Dem Vernehmen nach sträubt sich England hiergegen, indem es geltend macht, daß es im Besitze des Croßflusses, die Herrschaft auch über dessen Mündungen sich erhalten will. Zu Gunsten der englischen Ansprüche wird über-dies darauf hingewiesen, daß an den Mündungen des Croßflusses schon seit mehreren Jahrzehnten englische Missionare ansässig und thätig seien. Die Unterhandlungen sind augenblicklich auf dem Punkte angelangt, daß Deutschland und England ihre beiderseitigen Wünsche aufrechterhalten. Mit den dieselben formulirenden Vorschlägen ist der englische Vertreter Major Macdonald nach London abgereist, um sie Lord Salisbury zu unter-breiten. — Von anderer Seite wird berichtet, daß man als feststehend betrachte, daß die Ver-handlungen in 8 bis 14 Tagen zur Zufriedenheit der beiden Nationen zu Ende geführt werden. Macdonald mußte zurückkehren, um die Vor-beredungen für seine demnächst erfolgende Rück-kehr auf seinen alten Posten in Britisch-Kamerun zu treffen und die notwendigen Besprechungen mit der englischen Regierung zu erledigen. Die Verhandlungen über Kamerun werden vom Grafen Scholtz und dem Lord Salisbury weiter-geführt und beendet werden.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus.

gab im Fortgange der Sitzung der Handels-minister Baross ohne weiteres zu, daß die fran-zösische Tarifpolitik die ungarische Rohproduction erheblich erschwere. Immerhin aber hänge alles von den Conjunctionen und von jenen Staaten ab, mit denen Ungarn zur Ordnung der Ver-hältnisse sich ins Einvernehmen setzen werde. Man solle mit Rücksicht auf die schwierige Lage nicht allzu große Erwartungen hegen. Der Minister gab schließlich Aufklärungen über den geplanten Frachttarif. Durch Annahme der myriametrischen Einheitsätze fielen die meisten Specialtarife fort; in den Export-Relationen würde für wirtschaftliche Producte eine Er-mäßigung eintreten, ebenso würde die Fracht für die Hilfsmaterialien, wie Kohle und Eisen, sowie für Rohproducte bedeutend ermäßigt werden. Die Reform würde nach seinem Dafürhalten auch finanziell erfolgreich sein.

Ueber die Zustände in Armenien

werden der „Daily News“ von einem „armeni-schen Correspondenten“ folgende Mittheilungen gemacht: „Der Sohn Moussa Bens tritt jetzt in die Fußstapfen seines Vaters und Großvaters und vermisst an der Spitze einer großen Schaar bewaffneter Kurden die Umgegend von Musch. In Bittis predigen die Scheichs einen heiligen Krieg gegen die Christen und die „Behörden“ beobachten eine geflistliche Gleichgültigkeit. Die Beziehungen zwischen den Armeniern und Mos-lems sind im ganzen türkisch-Armenien abge-brochen, weil die Regierungsbeamten ihr Mög-liches thun, um den muslimanischen Fanatismus anzufachen. Waffen und Schießbedarf werden fortgesetzt unter Kurden, Türken und Tcherkessen vertheilt und neue Mehelelen stehen nahe bevor. 3 Armenier in Bulank wurden auf einem Haufen Getreide lebend verbrannt. 6 Armenier von Wan wurden auf der Heimkehr von Tiflis von Kurden überfallen, todtgeschossen und dann ausgeraubt. In Arakissia raubte eine Kurdenbande 600 Schafe, das Eigenthum eines armenischen Notablen. Räubereien und Mordthaten sind stündliche Vorkommnisse, während Brand-stiftungen und Verbrennung von Getreide ohne Hinderniß verübt werden. Die Gefängnisse von Musch sind wieder mit Armeniern gefüllt. Jüngst wurden dort auf einmal 72 Armenier verhaftet. Die Umgegend von Passen in der Provinz Erzerum wurde in einen Ruinenhaufen ver-wandelt. Das Reisen von Dorf zu Dorf ist un-möglich geworden. Alasgerd ist von seinen armenischen Einwohnern verlassen und die Kurden sind thatsächlich die Gebieter in dem Bezirk. In Mogsa entführten Türken vier armenische Bräute, und als man sich an die Gerichte um Redreß wandte, erhielten die Beschwerdeführer den Be-scheid, „daß man Armeniern nicht länger Glauben schenken könne, da die Regierung sie als Rebellen betrachte“. Revork Alektsjan aus Hadjin ist ein neues Opfer türkischer Gefängnistortur. Er starb jüngst im Gefängnis von Musch, weil er mit glühendheißem Eisen gewickelt und ihm die Zunge mit einem Dolch durchbohrt worden war.“

Bei diesen schauerhaften Berichten ist freilich nicht zu vergessen, daß die „Daily News“ die Schilderung der „armenischen Greuel“ seit Jahren gleichsam als Sport betreibt, bei welchem schon oft die größten Uebertreibungen untergelaufen sind.

Die siegreichen Demokraten und die Mac Kinley-Bill.

Cleveland, der frühere demokratische Präsident der Vereinigten Staaten, hat einem Interviewer gegenüber die Meinung ausgedrückt, daß das Volksverlangen nach einer Tarifreform, deren Existenz die Republikaner in Abrede stellten, der Hauptfactor in der Erzeugung des jüngsten demo-kratifchen Wahlsieges gewesen sei. Das Volk ver-lange eine Ermäßigung der Lebensmittelpreise. Die demokratische Partei wäre durch ihre Ver-sprechungen verpflichtet, eine gerechte Revision des Tarifs vorzunehmen, und sie werde den Kampf fortsetzen, bis die dem Volke gemachten Versprechungen eingelöst worden seien.

Ueber den Angriffsplan der Demokraten gegen den neuen amerikanischen Zolltarif wird der „Voll. Ztg.“ telegraphisch aus Newyork berichtet:

So lange der gegenwärtige Congress noch bestimme ist, beabsichtigen die Demokraten nur die schwächsten Punkte des Mac Kinley'schen Tarifs in Sondervorlagen anzugreifen, anstatt eine allgemeine Revision vorzu-schlagen. Sobald der neue Congress zusammentritt, sollen im Repräsentantenhaus zahlreiche Vorlagen eingebracht werden, deren jede die Aufhebung des Jolles auf einen einzelnen Artikel, wie Wolle, Salz, Bauholz, Weizen u. s. w. verfügt, bis das Tarifgesetz schließ-lich ganz unterwirft ist.

Karl Schurz hat sich noch einmal über die amerikanische Zollpolitik geäußert in einem Artikel, welchen er der „Newyorker Staatsztg.“ zur Erweiterung auf eine Rede des Staatssecretärs Blaine gegen seine Postenrede zugeandt hat. Schurz verurtheilt insbesondere in diesem Briefe die Reciprocitätsclausel in der Mac Kinley-Bill. „Anderen Völkern zu drohen, daß, falls sie unsere Producte nicht frei einlassen, wir unser Volk des freien Zuckers berauben und unsere Schiffsabriken schließen werden — daß, wenn sie nicht freundliche Gesichter machen, wir zur Strafe für sie unsere eigenen Nasen abschneiden werden — ist kein ernstgemeintes Anerbieten von Reciprocität, es steht mehr einem auf das ameri-kanische Volk gemünzten schlechten Scherz ähnlich.“

Karl Schurz empfiehlt einen zollfreien Einlaß aller die Thätigkeit der Fabrikannten unter-stützen Artikel, um dem Fabrikanten es möglich zu machen, seine Fabrikate so billig herzustellen, wie es in anderen Ländern geschieht, und im Weltmarkt mit Erfolg zu concurriren — denn größere Thakraft, Scharsinn und Leistungs-fähigkeit des amerikanischen Arbeiters entschädigen für den Unterschied der Löhne. „Dann wird der Fabrikant sich auch einer entprechenden Er-mäßigung des Jolles auf die fabricirte Waare nicht widersetzen, und auch der Farmer wird finden, daß er billiger und mit größerem Nutzen produciren kann, wenn die Last der Hochzoll-preise, zu denen er jetzt einkaufen muß, von seinen Schultern genommen ist. Auf diese Weise kann unser Handel mit dem Auslande bedeutend entwickelt werden, und ich glaube nicht, daß es auf anderem Wege geschehen kann. Das ist meine Antwort auf Herrn Blaines Frage. Um furcht-samen Seelen Blaines einzujagen, mag er es „Frei-handel“ nennen — ich nenne es gesunden Menschenverstand.“

Der Nicaragua-Kanal.

Der Minister der öffentlichen Bauten in Nicaragua hat dem Generalagenten der Nicaragua-Kanal-gesellschaft mitgetheilt, daß die letztere alle Concessionsbedingungen mehr als erfüllt habe

und er die Gesellschaft nur zu ihren Erfolgen und Ausfällen beglückwünschen könne. Die Gesellschaft hat im letzten Jahre über 3 000 000 Doll. verausgabt. Der Kanal muß in 10 Jahren vollendet sein. Die Arbeiten sind jetzt so weit wie folgt vorgeschritten: Der Lauf des Ortyonflusses ist um 700 Fuß weitergeführt worden. Ueberall hat das Flußbett 10 Fuß tiefes Wasser. Im Hafen arbeiten 8 Bagger. Das Wasser wird in Monatsfristen dort so tief sein, daß Dampfer Dampfer in den Hafen einlaufen können. Die Kanalstraße ist freigegeben worden von Greynon bis zur Scheidung. 10 Meilen Eisenbahn sind gleichfalls vollendet worden und die Brücke über den Hafen ist fast fertig. Das Meer liegt zwischen dem See und dem füllten Ocean ist gehauft worden und die Erdarbeiten haben auch dort begonnen. 1500 Arbeiter sind zur Zeit an dem Kanal beschäftigt. Todesfälle an Fieber oder anderen endemischen Krankheiten sind bis jetzt nicht vorgekommen.

Nachrichten aus der jüngsten Republik.

Der im brasilianischen Ministerium der provisorischen Regierung herrschende Zwiespalt ist, einer Meldung der „Arenuz“ zufolge, gehoben, und der Unterrichtsminister Constant beschloß, im Amt zu bleiben, obgleich gegen seinen Wunsch das Verbanndecret Silveira Martins aufgehoben worden ist, jedoch unter der Bedingung, daß letzterer bei seiner Rückkehr nach Brasilien nicht in seinem alten Gize, Rio Grande do Sul, sondern in der Bundeshauptstadt selbst wohnt. Für den 15. November, den offiziellen Zusammentritt des Nationalcongresses, sind großartige Feste in Rio geplant. Die Assambleas der Staaten der brasilianischen Republik werden nach dem für den 15. November gültig gewesenen Wahlprozeß konstituiert und sollen bis zum 1. April 1891 zusammenberufen sein. Die Zwischenzeit der Verlegung des Nationalcongresses ist für die Organisation der Staaten bestimmt.

Ueber die Lage in Argentinien

Ist in Dporto folgendes von Buenos-Ayres, 11. d. datierte telegraphische Telegramm eingetroffen: „Die Ruhestörungen, welche in Argentinien anlässlich der Wahlen am 9. d. M. an mehreren Orten stattgefunden haben, sind auf die starken Gegenströmungen zurückzuführen, welche der Minister des Innern, General Roca, im Lande hat. Die einflussreiche Union Civica macht starke Propaganda gegen den General. Ueberall in der Provinz gährt es, und in der Hauptstadt finden in den politischen Kreisen noch immer leidenschaftliche Erörterungen über die verfehlten Vorgänge der Julirevolution statt. Das Mißliche ist die schlechte Finanzlage in Argentinien. Der Staat würde bei einem Kriege oder einer neuen Revolution vollends bankrott werden. Die Armee steht trotz angeblicher guter Ausrüstung nur auf dem Papier und das argentinische Geschwader ist in einem solchen Zustande, daß kein Kriegsschiff bei einem Conflict auch nur annähernd armirt auf hoher See erscheinen könnte. — Die Depeschencensur wird streng geübt.“

Deutschland.

Berlin, 12. Novbr. Im Lehrplan der Kriegsakademie ist mit dem neuen Studienjahre eine wesentliche Veränderung eingetreten, welche den Geschichtsunterricht betrifft. Früher wurde im ersten Studienjahre alte Geschichte, im zweiten diejenige des Mittelalters, im dritten diejenige der Neuzeit vorgetragen. Jetzt ist der gesamte Geschichtsunterricht auf die ersten beiden Jahre verteilt und das dritte Jahr davon ganz befreit worden. Die Ursache zu dieser Maßregel liegt in den immer größeren Anforderungen, welche an die Offiziere der Kriegsakademie im dritten Jahre gestellt werden. Der Unterricht in der Anstalt erfüllt hier meist nur die Aufgabe, auf die richtigen Mittel und Wege zum Studium hinzuweisen, während dieses selbst zum größten Theil als häusliche Arbeit betrieben werden muß. Man hat daher den Geschichtsunterricht im dritten Jahre ganz fortlassen lassen, um die betreffenden Offiziere in ihrer aufreibenden Thätigkeit zu entlasten. Im zweiten Jahre wird der geschichtliche Unterricht übrigens nicht mehr, wie dies früher üblich war, nur bis zum Jahre 1815, sondern bis in die allerneueste Zeit fortgeführt.

* [Der Kaiser und die Thronrede.] Ein parlamentarischer Berichterstatter will wissen, der Kaiser habe die Thronrede selbst ausgearbeitet und sie erst dann den Reichspräsidenten vorgelesen lassen. Nachdem von diesen einige Zusätze gemacht worden sind, sei die Thronrede dem Wortlaut nach in der entscheidenden Staatsministerialsitung endgültig festgestellt worden.

* [Die Ausrüstung zur Landtags-Eröffnung im Weißen Saal.] Des königlichen Schlosses bot wenig Bemerkenswerthes. Grauer dichter Nebel und feiner Regen trübten die Atmosphäre und verhinderten auch größere Annehmlichkeiten des schaulustigen Publikums. Schlaf und schwer hingen hoch über dem Schloß die Kaiser- und die Königsstandarte von den Masten herab. Oben von den Fenstern der Paradenmäder waren die weißen Vorhänge zurückgezogen. Hin und wieder tauchten Schloßgardisten in ihren prunkvollen, weiß bordierten Uniformen auf, sorglich in Mäntel gehüllt und die Blechhaube wohlgeschützt im Futteral tragend. Gegen halb elf Uhr nahen die ersten Wagen, nachdem schon vorher berittene und unberittene Schutzmänner ihre Posten eingenommen hatten. Lange Wagenzüge, Equipagen und Droschken erster und zweiter Klasse, bewegten sich zum Portal IV, am Lustgarten und zum Portal III, an der Schloßfreiheit, wo von dem schmalen Nebeneingange des Triumphbogens der wegen Einfügung des neuen Thores errichtete Breiterzaun hinweggeräumt war. Es dauerte lange, ehe die Wagen an dieser Stelle wegen der schmalen Passage in den ersten Schloßhof hineingelangen konnten. Von den Insassen war bei den verregneten Scheiben kaum etwas zu sehen. Hier und da blickten Uniformen und Ordensschmuck auf, sah man die federbesetzten Dreiecke der Geheimräthe und Kammerherren, thronte auch ein Jäger mit federbesetztem Hut auf dem Bock. Von den besetzten Landbojen waren vornehmlich Mitglieder des Centrums und der konservativen Fraktionen zu erkennen. Einige Hof-Galaskutschen in ihrer barocken Pracht, unter ihnen die in Blau und Silber gehaltene des Prinzen Leopold, bezeugten, daß auch von den männlichen Mitgliedern des Kaiserhauses die in Berlin anwesenden erschienen waren. Gegen halb zwölf Uhr nahm, während feierlichen Geläuts von der Schloßkuppel herabhallte, die Ausrüstung ihr Ende. Nach der Feierlichkeit der Landtags-Eröffnung

verließ der Kaiser Punkt 1 Uhr im offenen Wagen und an der Seite den Flügeladjutanten das kgl. Schloß. Der Monarch wurde von dem inwischen zahlreich angeammelten Publikum aufs lebhafteste begrüßt.

* [Zum Stanley-Barttelot-Streit.] Herbert Ward machte bekanntlich in einem Aufsatze des „Gallianis Messenger“ für das Mißgeschick der Expedition der Congo-Expedition den General-Gouverneur des Congo-Staates, Janssen, verantwortlich. Dieser erklärt jetzt, daß man zur Zeit die notwendigen Dokumente sammle, um dem englischen Blatte zu antworten und zweifellos zu beweisen, daß der Vorwurf Wards eine nicht-mwürdige Verleumdung sei und daß die vom Mißgeschick Betroffenen selbst die Schuld trügen.

* [Dem früheren Vertreter der Witte-Gesellschaft.] Kurt Zoepfen, ist nach einer ostafrikanischen Fußreise an die „Nat.-Ztg.“ von englischer Seite jeder Verkehr mit dem Sultan von Witte unterjagt und ihm verboten worden, Lamu zu verlassen. Der Bericht, daß Zoepfen mindestens um die feindliche Stimmung Zumo Bakaris vorher gewarnt und nichts zur Warnung oder Rettung der ermordeten Rühel'schen Expedition gethan, werde durch die von englischen Consularen gemachten Erhebungen bestätigt. Gravirend sei ferner, daß Zoepfen den Vorschlag des Plantagenbauers Bendorf, die Spur des entkommenen Meuschel am Tage nach dem Gemetzel gemeinsam zu verfolgen, um demselben eventuell beihilflich zu sein, verworfen.

* [Bundesrathsvorlage.] Dem Bundesrath ist gestern der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Besteuerung des Zuckers nebst Begründung zugegangen.

L. [Antrag Broemel.] Im Abgeordnetenhaus wird Abg. Broemel seinen in der vorigen Session nicht zur Erledigung im Plenum gelangten Antrag betr. die Reform der Eisenbahntarife wieder einbringen.

* [Zur Verpflanzung des Antisemitismus nach Württemberg.] Wird der Reichstagsabgeordnete Dr. Böckel, nach der „Stuttgarter Reichspost“, Ende dieses Monats in mehreren Orten des Landes Vorträge halten.

* [Der Schillerpreis.] Die „Mündener „Allg. Ztg.“ hat sich, wie schon gemeldet, über den sogenannten Schillerpreis geäußert, daß die Commission mit geringer Mehrheit beschloß, dem Kaiser Hermann Sudermann vorzuschlagen. Wie die „Börs.“ dementsgegen von unterrichteter Seite erfährt, ist innerhalb der Commission allerdings Sudermanns „Ehre“ für den Preis stark in Frage gekommen, hat aber mehr Gegner als Befürworter gefunden. Da auch eine andere Candidatur nicht den nöthigen Anhang erhielt, so ist von der Commission überhaupt kein Mehrheitsantrag betreffs Ertheilung von einem oder zwei Dramenpreisen an den Kaiser gelangt. Vielmehr soll dem Zwecke der Stiftung, die jetzigen schiller'sche Dichtkunst zu fördern, in einer anderen Form gehandelt werden. Die Commission, welche der allerhöchsten Stelle Anträge zur Ertheilung des Preises zu unterbreiten hat, steht sich gegenwärtig zusammen aus dem Generalintendanten Grafen v. Hochberg, den Dichtern Gustav Freytag und Paul Heyse, den Professoren Dillthey, Erich Schmidt, v. Treitschke, Weinhold, dem Director der königlichen Schauspiele Deubert und dem Director der Nationalgalerie Max Jordan. Da das letzte Mal der Fonds nicht in Anspruch genommen ist, so ständen jetzt zwei Preise zur Verfügung.

Breslau, 12. Novbr. Der „Schl. Ztg.“ zufolge hat die Synode beschlossen, den Oberkirchenrath zu ersuchen, reichlicher Staatszuschüsse zu den Land-Notationsfonds der Pfarrstellen zu beantragen. Die Vorlagen des Oberkirchenraths auf Abänderung der Kirchengesetze vom 15. Juli 1889, die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen betreffend, und vom 26. Januar 1880 über das Ruhegehalt der emeritirten Geistlichen wurden mit mehreren, im Interesse der Letzteren gestellten Amendements angenommen. Gefordert wird insbesondere ein Mindestgehalt des Wittwengehaltes von jedenfalls 600 Mk. Die Vorlage über die Sterbe- und Gnadenzeitverhältnisse der Pfarrstellen wurde fast unverändert angenommen.

Posen, 11. Nov. Ueber die polnische Adelspolitik, deren Hauptvertreter der „Diennik Poin.“ ist, läßt sich der „Drenownik“, welcher sich als das Organ des polnischen Bürgerstandes bezeichnet, hinter dem aber in Wirklichkeit nur eine kleine Fraktion des polnischen Bürgerstandes steht, in folgender Weise aus: „Alle unsere öffentliche Thätigkeit muß so eingerichtet sein, daß die Vertheidigung der nationalen Sache uns nicht materiell ruinirt; sie muß so geführt werden, daß die nationalen Interessen wirklich, nicht bloß scheinbare Unterstützung finden, mit einem Worte so, daß das polnische Element unter dem preussischen Cepter in Wirklichkeit an materieller und moralischer Kraft wächst. Nach diesem Maßstabe muß man bei uns alles messen; das Uebrige ist Nebensache. Unsere bisherige Adelspolitik hat zunächst unseren Adel materiell ruinirt und dann die natürliche Entwicklung der mittleren Schichten gehemmt. Deswegen kämpft der „Drenownik“ seit zwanzig Jahren gegen diese Politik, und insoweit, aber auch nur insoweit, gegen den Adel. Der Adel, materiell ruinirt, politisch bankrott, hat endlich in der letzten Stunde einen hüthen vernünftigen Schritt gethan, indem er durch die Abgeordneten die bekannte Declaration abgegeben hat. Gegenwärtig liegt nun grundsätzlich kein Anlaß vor, gegen den Adel aufzutreten; vielmehr hat das Bürgerthum, welches sich als polnisches Factor fühlt, heute die Pflicht, mit dem Theile des Adels, welcher auf dem Standpunkte der Declaration steht, gemeinsam zu arbeiten, um das Polenthum von der schmachvollen „Schreibals-Politik“ zu befreien. Die Declaration des Abg. Dr. v. Romierowski allein hat nicht genügt; der Adel bedurfte öffentlicher Organe, um die neue Wendung consequent durchzuführen. Er hatte hinter sich den „Auror Poin.“, nicht aber den „Diennik Poin.“, dessen Bestreben er selber ist. Damit nun auch der „Diennik“ dasjenige werde, was er sein soll, haben die Actionäre des „Diennik“, welche heute die Sache klar sehen, beschloffen, ihren Chef-Redacteur aus dem Dienste zu entlassen. Dieser hat sich aber hinter diejenigen Actionäre gestellt, welche nicht die Hoffnung verlieren, ihre Schreibals-Politik weiter führen zu können, und dadurch hat er sich noch geteilt. Die Posener Bürgerschaft aber wird nicht dulden können, daß ein solcher Mann länger im städtischen Wahlcomité verbleibe.“

Rassel, 12. November. Der Oberpräsident Graf zu Eulenburg hat heute hier den hessischen Communallandtag feierlich eröffnet.

Alteneffen, 12. Novbr. Dr. Carl Peters ist heute in Begleitung des Afrikareisenden Oskar Borchert zum Besuch beim Geheimen Commerzienrath Krupp hier eingetroffen.

Frankreich.

Paris, 12. November. Der Director im Ministerium des Auswärtigen, Cogordan, erhielt den Großordon des Stanislaus-Ordens. — Nach einer Meldung des „Temps“ aus Konstantinopel verließ der Sultan dem ehemaligen französischen Minister der Posten, Granel, den Großordon des Osmanie-Ordens und ertheilte ihm, als Vertreter eines französischen Syndicats, die Concession zum Bau von Quais an beiden Ufern des goldenen Horns. Das Kapital des Syndicats beträgt 60 Millionen Francs.

— Im Gegensatz zu anderweitigen Nachrichten meldet der „National“, das Duell zwischen Laguerre und Desaulade habe in der Nähe von Namur stattgefunden. Laguerre habe dabei eine leichte Schußwunde erhalten. (M. Z.)

Paris, 12. November. Der Municipalrath hat einen Antrag angenommen, welcher die Öffnung der Grenze für die Einfuhr von Hammeln aus dem Auslande befürwortet. (M. Z.)

England.

London, 12. Novbr. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet: Nach an autorisierter Stelle eingegangenen Erkundigungen sind die Mittheilungen der „St. James-Gazette“ über die angebliche Regelung der Neufundlandsfrage ohne jede Begründung. Eine Abtretung englischen Gebietes ist weder vorgeschlagen, noch auch nur angeregt. (M. Z.)

Spanien.

[Columbusfeier.] Die Regierung hat bestimmt, daß die vierhundertjährige Erinnerungsfest der Abfahrt Columbus zur Entdeckung Amerikas in Suelva gefeiert werden soll, von wo der große Entdecker mit seinem Schiffe ausging. Die Festveranstaltungen sollen im Kloster von La Robida stattfinden, dessen Mauern Columbus aufnahmen, als er auf dem Punkte stand, an irgend welcher Stelle verweilend, seinen Plan aufzugeben, und dessen Prior die königliche Unterstützung, die zu erlangen ihm selbst nicht gelungen war, für ihn erwirkte.

Von der Marine.

* Das Kanonenboot „Wolf“ (Commandant Capitän-Lieutenant Hellhoff) ist am 12. November in Zuccan angekommen und beabsichtigt am 29. November nach Aboe in See zu gehen.

Der Lloyd-Dampfer „Kronprinz Friedrich Wilhelm“ hat mit den abgelaufenen Besatzungen des Kreuzers „Habsicht“ und des Kanonenboots „Häune“ am 11. November Teneriffa auf der Heimreise passiert.

Am 14. Novbr.: Danzig, 13. Nov. M.-A. 6. Tage. S.-A. 7.26. 11.42. Weiterausichten für Freitag, 14. Novbr.

auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Sonnenblicke, vielfach bedeckt; später wärmer.

Für Sonnabend, 15. November: Bedeckt, wärmer, ziemlich milde; feuchte Luft. Nebel, aufsteigender Wind, Niederschläge.

Für Sonntag, 16. November: Wolbig, ziemlich milde, feuchte Luft; später windig. Stellenweise Niederschlag. Sturmwarnung für die Küsten.

Für Montag, 17. November: Wolbig, veränderlich, unruhig; Niederschläge, starker bis stürmischer Wind; ziemlich milde. Sturmwarnung für die Küsten.

Für Dienstag, 18. November: Wolbig, theils heiter, stark windig; stellenweise Niederschlag. Temperatur abnehmend.

* [Deputation.] Die von dem Vorsteheramt der hiesigen Kaufmannschaft an den Reichskanzler und die Ressortminister in Betreff der befürworteten Differentialhölle an den östlichen und westlichen resp. südlichen Grenzen entsandte Deputation ist nun hierher zurückgekehrt. Ueber das Resultat ihrer Wirkksamkeit in Berlin haben wir schon berichtet.

* [Westpreussische Provinzialsynode.] Die zweite Sitzung wurde heute Mittag in üblicher Weise mit Gebet und geschäftlichen Mittheilungen eröffnet. Herr Consistorialrath Koch gab dann einen Bericht über die Thätigkeit des Gustav Adolf-Bereins in den letzten 3 Jahren. Seitdem durch Anschluß der Zweigvereine der Danziger Hauptverein zu einem Provinzialverband geworden, ist seine Bedeutung und Wirkksamkeit gewachsen. Die 22 Zweigvereine haben 20 907 Mk. aufgebracht, vom Centralverein sind 113 579 Mk. für unsere Provinz beigetragen worden. 60 Gemeinden haben sich zur Unterstützung gemeldet, und wenn auch 23 Kirchen und Gebethäuser bereits gebaut sind, so müssen doch noch 27 Kirchen und 23 Pfarrhäuser errichtet werden, um nur die allergrößten Nothstände zu beseitigen. Die Provinzialsynode nahm mit Befriedigung von der Thätigkeit des Gustav Adolf-Bereins Kenntniß und dankte dem Vortragenden für seine erfolgreiche Thätigkeit durch Erheben von den Sitzen. Nach ihm erstattete Herr Pfarrer Ebel Bericht über die innere Mission. Redner rühmt dabei namentlich das Wirken der beiden Diakonissenhäuser in Danzig und Königsberg, von denen das erstere an 19 Orten 35 Stationen mit 52 Schwestern, das letztere an 10 Orten 23 Stationen mit 59 Schwestern unterhalte. Der Provinzialverein für innere Mission werde sich in der nächsten Zeit mit dem evangelischen Verein für Westpreußen verschmelzen. Auch der Vaterländische Frauenverein, der in unserer Provinz 32 Zweigvereine hat, unterstützte die Sache der inneren Mission. Leider fehle es in unserer Provinz noch an einer Arbeitercolonie, deren Gründung eine dringende Nothwendigkeit sei. Herr Oberpräsident v. Leppiger theilte das Bedauern über das Fehlen einer Arbeitercolonie mit und machte die Mittheilung, daß er in den nächsten Monaten eine größere Versammlung nach Danzig zum Zwecke der Gründung einer Arbeitercolonie zusammenrufen werde. — Herr Superintendent Strelow-Lüben gab hierauf eine eingehende Schilderung von dem Stande der Arbeiten für die Heidenmission in den einzelnen Diöcesen der Provinz. (Schluß des Blattes.)

Das Telegramm, welches der Synodenvorstand auf Grund des vorgestrichen Beschlusses an den Kaiser gerichtet hat, hatte folgenden Wortlaut: „Wir, königlichen und kaiserlichen Majestät naht die zweite westpreussische Provinzialsynode bei Eröffnung ihrer Sitzung in ehrerbietiger Treue und Ergebenheit mit dem unterthänigsten Wunsche, daß Gott Ew. Majestät auch ferner zum Segen und Heile unserer theuren evangelischen Kirche in seinen gnadenreichen Schutze nehmen möge.“

Folgende neue Anträge sind der Synode zugegangen: 1) Die Herren v. Puttkamer, v. Leppiger und 8 Genossen beantragen eine Commission zu wählen, welche die sociale Frage unter dem kirchlichen Gesichtspunkt zu bearbeiten hat mit dem Wunsche, daß das Resultat dieser Arbeit dem Kirchenregiment zur Instruction für die Geistlichkeit behufs ihrer Mitwirkung bei Lösung

der socialen Frage überwiesen werde. 2) Ein von 17 Mitgliedern der Synode unterschriebener Antrag wünscht, daß der nächsten Generalsynode ein Gesetz über Ablösung der Stolzgebühren für den Umfang der Landeskirche vorgelegt und, wenn ein solches Gesetz nicht zu Stande kommt, ein besonderes Gesetz über Ablösung der Stolzgebühren in Westpreußen unter erheblicher Beihilfe des Staats der nächsten Provinzialsynode unterbreitet werde. 3) Endlich wird von 12 Synodalen die Einrichtung eines kirchlichen Seminars für Westpreußen beantragt.

* [Reform des höheren Unterrichtswesens.] Als Mitglied der kgl. Commission, welche am 4. Dezember unter Vorbehalt des Cultusministers in Berlin zusammentreten soll, um über Reformen im höheren Unterrichtswesen zu beraten, ist nun auch Herr Provinzial-Schulrath, Geh. Rath Dr. Kruse hierherbeifern worden.

* [Geschichte und Beschreibung der Marienburg.] Stück für Stück schwinden die traurigen Zeugen von Vandalismus und barbarischer Prosa, welche mehrere Jahrhunderte ihr Verfallwerk an einer der idealsten Bauschöpfungen deutscher Vergangenheit gelassen. Zwar langsam, aber mit sicheren Schritten zieht der alte Glanz, die Erhabenheit ihrer einstigen Größe und Schöne wieder in unsere hochberühmte Marienburg ein. Je weiter die Sühne der ihr von Feind und Freund einst angethanen Unbill fortschreitet, desto lebhafter lenkt sich ihr das Interesse und das Auge des deutschen Volkes zu — ist sie doch das großartigste National-Denkmal in unserer von slavischen Völkern umgebenen Nordostmark. Zu einem solchen Nationalwerk bringt natürlich auch die Literatur gern ihre Bausteine herbei, und sie sind oft recht werthvolle. Von diesem Gesichtspunkte betrachtet, kann man sich nur darüber freuen, daß ein vor wenigen Jahren zuerst erschienenes Buch, welches sich die Aufgabe einer populären Geschichtsschreibung der Marienburg gestellt hat, sich uns heute schon in dritter Auflage präsentiert. J. Pedersen-Weber, ein früher in unserer Provinz angesehener Publicist, der sich jetzt in Berlin vorwiegend culturhistorischen Studien und Arbeiten widmet, half zuerst durch einen kleinen „Führer“, welcher 1880 im Verlage von A. W. Kafemann in Danzig erschien, das Interesse für die Restauration des herrlichen Ritterschlosses in weitere Kreise tragen. Dadurch zu weiteren historischen Forschungen angeregt, entstand sein Buch „Die Marienburg, eine deutsche Culturstätte im Osten“, von dem uns heute die völlig umgearbeitete, nach dem jetzigen Stande der Bauarbeiten ergänzte und mit einer Anzahl Abbildungen versehene dritte Auflage (3. J. Bons Verlag zu Königsberg) vorliegt. Nachdem der Verfasser im ersten Kapitel die zum Theil etwas sagenhafte Geschichte des alten Preußenlandes erzählt, widmet er den Haupttheil seiner Arbeit dem Orden der deutschen Ritter und seiner Residenz Marienburg, deren gegenwärtiger und voraussichtlich künftiger Zustand schließlich eingehend beschrieben und durch Illustrationen veranschaulicht werden. Möge auch diese neue Ausgabe für das große Werk, dem sie gewidmet ist, ein Mittheiler zur Erreichung des vorgestellten hohen Zieles sein!

* [Frau Director Jantich t.] Wie Herr Jantich, der frühere Director unseres Stadttheaters, uns mittheilt, ist seine Gattin gestern früh in Wien gestorben, nachdem Professor Schröder an ihr den Kehlschnitt vollzogen hatte.

* [Emil Göhe], der am nächsten Donnerstag sein Gastspiel am hiesigen Stadttheater beginnt, eröffnet ein solches vorgerichtet in Göttingen als Cnyon in Flotons „Martha“. Der Künstler gedachte dort ursprünglich nur an diesem einen Abend aufzutreten. Der Erfolg war aber ein so bedeutender, daß die Direction ihn sofort für zwei weitere Abende zu gewinnen suchte. Er wird demgemäß noch als „Cohengrin“ und „Gauv“ in Göttingen gastiren, ohne daß sein Gastspiel in Danzig dadurch vergrößert werden dürfte. „An Herrn Göhe“ — schreibt die „N. St. Z.“ nach seinem dortigen Debut — „ist alles großartig: das Metell, der Umfang, die Stärke seiner unangenehmsten Stimme, seine Technik, die consequente Durchführung eines durchdachten und selbständig erfassten Charakters.“

* [Der Verein der Brauereibesitzer Ost- und Westpreußens] hält am nächsten Montag im Schützenhause hierherbeifern eine General-Versammlung ab.

* [Concert von Georg Schumann.] Durch die Dirigentenwahl des Danziger Gesang-Vereins im Spätsommer 8. Js. ist unserer Stadt in Herrn Georg Schumann, über dessen bisheriges Wirken wir damals unseren Lesern einiges Nähere mitgetheilt haben, eine neue, schaffensfreudige musikalische Kraft zugeführt worden. Im Danziger Gesang-Verein, wo Herr Sch. mit belebendem Eifer seit einigen Wochen seines neuen Amtes waldet, wird unter seiner rührigen Leitung eine öffentliche Aufführung des Werkes seines berühmten Namensvetters Robert „Das Paradies und die Peri“ für Anfang Dezember vorbereitet. Vorher gedenkt Herr Schumann aber in einem eigenen Concerte, das nächsten Dienstag im Apollo-Saal stattfinden soll, sich in dreifacher Eigenschaft, nämlich als Componist, Orchesterdirigent und Pianist dem hiesigen musiklebenden Publikum vorzustellen. Das Programm enthält zwei größere Compositionen des Concertgebers, welche unter seiner Direction durch die verstärkte Theilnahme Kapelle zum Vortrag gebracht werden sollen, daneben eine Reihe von Klavierstücken mit und ohne Orchesterbegleitung und als solennes Finale Beethoven's fünfte Sinfonie, deren Aufführung Herr Schumann ebenfalls zu leiten beabsichtigt. Erfreulicher Weise wird diesem ersten größeren Unternehmen des jungen energischen Künstlers am hiesigen Orte mit lebhaftem Interesse entgegen gesehen und es steht ein zahlreicher Besuch des Concerts wohl außer Zweifel.

* [Strafkammer.] Wegen Unterschlagung stand heute der frühere Mühlenbesitzer Reinhold Grün, der schon mehrfach, darunter auch mit Zuchthaus, vorbestraft war, vor der Strafkammer. Wie wir f. J. berichtet haben, hatte am 19. Juli d. J. der Secretär beim russischen Generalconsulat, Herr Zuch, eine Briefstafel, in der sich 3300 Mk. befanden, während der Fahrt nach Pleschendorf auf dem Dampfer verloren und hat dieselbe bis jetzt nicht wieder erlangen können. Auf dem Dampfer befand sich zu derselben Zeit auch Grün, der nach der Angabe mehrerer Zeugen sich damals in sehr schlechter finanzieller Lage befand. Kurze Zeit darauf war er im Besitze nicht unbedeutender Geldmittel und in der Lage, mehrere Pferde kaufen zu können. Es lenkte sich in Folge dessen der Verdacht auf ihn, die Briefstafel gefunden und unterschlagen zu haben, und er wurde im August d. J. verhaftet. Er leugnete zwar in der heutigen Verhandlung das ihm zur Last gelegte Vergehen, doch konnte er sich über den Erwerb des Geldes nicht ausweisen und verurtheilte sich mehrfach in Widerspruch. Außerdem bekundete ein Zeuge, daß er bei Grün eine Briefstafel mit einem Monogramm gesehen habe, welches dem in der entworfenen Briefstafel enthaltenen ähnlich war. Der Gerichtshof verurtheilte Grün zu 9 Monaten Gefängnis.

[Polizeibericht vom 13. November.] Verhaftet: 16 Personen, darunter: 1 Arbeiter wegen Diebstahls, 1 Arbeiter wegen Mißhandlung, 8 Obdachlose, 1 Bettler. — Gestohlen: 2 Wagenpannen. — Gefunden:

icholsons goldenen Ohrtrommeln, so gut wie
elche meine Schwerhörigkeit und Ohrengeräusche
haben.
se: X. M. S. Expedition der „Danziger Zeitung“

Die heutige Börse eröffnete und verlief in recht fester Haltung. Die Course zeigten auf speculationen Gebiet durchgängig etwas höher ein und konnten sich, abgesehen von einigen Schwankungen, auch im Verlaufe des Tages noch weiter behaupten. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Termingesammlungen lieferten gleichfalls günstig und unterstützten die Festigkeit um so mehr, als auch die alljährliche Ironie die alljährliche Einwirkung ausübte. Das Geschäft entwickelte sich namentlich anfangs, wo bedeutende Deckungshäufungen ausgeführt wurden, sehr lebhaft und die Stimmung blieb andauernd recht fest. Der Kapitalmarkt erwies sich fest für

heimische solide Anlagen und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Werthstand theilweise etwas aufbessern, wie namentlich ungarische 4% Goldrente; russische Noten etwas anziehend. Der Discontobiscont wurde mit 5/4 % notirt. Auf internationalen Gebiet zeigen österreichische Creditanleihe zu steigender Notiz ziemlich lebhaft um; Franzosen und Lombarden, Galizier und Maribau-Wien fester und lebhafter. Inländische Eisenbahnactien gleichfalls fester und lebhafter. Bankactien recht fest und ziemlich belebt. Industriepapiere fester aber nur vereinzelt lebhafter; Montanwerthe recht fest, theilweise erheblich steigend und belebt.

Deutsche Fonds.			Börsen-Anleihen.			Lotterie-Anleihen.			+ Finen vom Staate gar. Div. 1889.			Bank- und Industrie-Actien. 1889.			A. B. Omnibus-Gesellsch.		
Deutsche Reichs-Anleihe	4	105.60	Börsen-Anleihe	4	68.90	Bad. Bräunlein-Anl. 1867	4	136.70	+ Kronpr.-Rub.-Bahn	4 1/2	89.20	Berliner Cassen-Berein	135.75	6	Or. Berl. Pferdebahn	218.00	10 1/2
do.	3 1/2	97.30	Italienische Rente	5	72.90	Bair. Bräunlein-Anleihe	4	139.70	+ Lübeck-Limburg	4 1/2	24.00	Berliner Handelsgef.	159.30	12	Or. Berl. Pferdebahn	258.75	12 1/2
Konfolidirte Anleihe	4	104.90	Rumänische Rente	5	101.30	Braunsch. Br.-Anleihe	4	104.00	+ Oesterr.-Frank.-G.	2 7/8	103.10	Berl. Prob. u. Hand.-A.	—	4 1/4	Berlin. Pappen-Fabrik	103.10	7
do.	3 1/2	97.30	do. fundirt. Anl.	5	100.80	Goth. Bräunlein-Anleihe	3 1/2	110.00	+ do. Nordwestbahn	4 1/2	97.25	Bremser Bank	—	4 1/4	Wilmshausen	98.75	6 1/2
Staats-Schuldscheine	3 1/2	99.75	do. amort. do.	5	88.80	Hamburg. 50 Jhr.-Coofe	3	135.60	+ do. Ost-B.	5 1/2	102.50	Bresl. Discontobank	107.75	7	Obersteil. Eisenb.-B.	91.00	8
Österr. Prov.-Obli.	3 1/2	94.75	do. 4% Rente	5	86.10	Adm.-Mind. Br.-G.	3 1/2	137.00	+ do. Süd-B.	4 1/2	75.90	Daniger Privatbank	138.00	8 1/4	Berg- und Hüttengesellschaften.		
Westpr. Prov.-Obli.	3 1/2	94.75	Türk. Admin.-Anleihe	4	80.15	Lübeck. Bräunlein-Anleihe	3 1/2	132.00	+ do. Südbahn	4 1/2	128.75	Darmstädter Bank	129.00	10 1/2	Dortm. Union-St.-Prior.	85.40	4
Landb. Centr.-Bdbr.	4	103.25	Türk. conv. 1% Anl. Ca. D.	4	92.50	Deferr. Coofe 1854	4	329.40	+ do. Südbahn	4 1/2	85.40	Daniger Privatbank	161.10	10	Adm.-u. Caurahütte	135.75	11
Österr. Bdbr.	4	96.00	Serbische Gold-Bdbr.	5	88.10	do. Coofe C. v. 1858	5	323.75	+ Russ. Staatsbahnen	6 5/8	128.75	Darmstädter Bank	129.00	8	Stolberg. Zink	70.75	2 1/2
Landb. Centr.-Bdbr.	4	96.00	do. Rente	5	88.10	do. Coofe von 1860	5	323.75	+ Russ. Südbahn	—	85.40	Deutsche Genossensch.-B.	129.00	8	do. St.-Gr.	132.00	7 1/2
Österr. Bdbr.	4	96.00	do. neue Rente	5	88.10	do. Coofe von 1864	5	323.75	+ Schmetz. Unionb.	5	123.75	do. Bank	161.10	10	Victoria-Hütte	—	—
Landb. Centr.-Bdbr.	4	96.00	Hypotheken-Pfandbriefe.			Dörsenburger Coofe	5	129.80	+ do. Westb.	—	—	do. Effecten u. W.	161.10	11	Wechsel-Cours vom 12. Novbr.		
Österr. Bdbr.	4	96.00	Dan. Hypoth.-Pfandbr.	4	—	Dr. Bräunlein-Anleihe 1855	3 1/2	172.50	+ Südböhm. Lomb.-B.	1 1/2	69.70	do. Hypoth.-Bank	111.00	6 1/4	Amsterd.	8 Tg.	3 1/2
Landb. Centr.-Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Raab-Grat 100% Coofe	4	103.20	+ Marib.-Wien	1 1/2	230.00	do. Command.	217.50	14	do.	2 Mon.	3 1/2
Österr. Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Ruf. Bräunlein-Anl. 1864	4 1/2	177.25	Ausländische Prioritäten.			do. Hamb. Commers.-Bank	—	7 1/2	do.	3 Mon.	3 1/2
Landb. Centr.-Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	do. do. von 1866	4 1/2	164.00	Gothard-Bahn	5	103.30	do. Hannoversche Bank	105.60	6	do.	3 Mon.	3
Österr. Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Ung. Coofe	—	252.60	+ Italien. 3% gar. G.-Pr.	5	56.50	do. Königsb. Comm.-Bank	111.00	5 1/2	do.	3 Mon.	3
Landb. Centr.-Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.			+ Kaiser.-Derb. Gold-Br.	5	97.20	do. Lübeck. Comm.-Bank	111.00	5	do.	3 Mon.	3
Österr. Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Div. 1889.			+ Kronpr.-Rudolf.-Bahn	5	82.80	do. Magdeburg. Privat-Bank	103.00	5	do.	3 Mon.	3
Landb. Centr.-Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Aachen-Maistrich	2 1/2	66.25	+ Oesterr.-St.-Staatsb.	5	83.00	do. Meininger Hypoth.-B.	164.25	10 1/2	do.	3 Mon.	3
Österr. Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Mainz-Ludwigshafen	4 1/2	117.60	+ Oesterr. Nordwestbahn	5	93.10	do. Norddeutsche Bank	167.50	10 1/2	do.	3 Mon.	3
Landb. Centr.-Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ do. Südbahn	5	92.10	do. Deutscher Credit-Anstalt	101.50	6	do.	3 Mon.	3
Österr. Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ Südböhm. B. Lomb.	5	66.30	do. Danm. Hyp.-Act.-Bank	101.50	6	do.	3 Mon.	3
Landb. Centr.-Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ do. 5% Obliq.	5	103.40	do. do. Comm. neue	101.50	6	do.	3 Mon.	3
Österr. Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ Ungar. Nordostbahn	5	87.40	do. do. Prov.-Bank	122.50	6 1/2	do.	3 Mon.	3
Landb. Centr.-Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ do. do. Gold-Br.	5	101.10	do. do. Boden-Credit	154.25	10	do.	3 Mon.	3
Österr. Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ Anatol. Bahnen	5	89.10	do. do. Centr.-Boden-Cred.	113.00	5	do.	3 Mon.	3
Landb. Centr.-Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ Bresl. Grajewo	5	99.00	do. do. Schaffhauser Bankverein	113.00	5	do.	3 Mon.	3
Österr. Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ Kursk-Charkow	5	92.90	do. do. Schleicher Bankverein	123.60	8	do.	3 Mon.	3
Landb. Centr.-Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ Kursk-Riema	5	92.70	do. do. Südb.-Credit-Bk.	155.10	6 1/2	do.	3 Mon.	3
Österr. Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ Mosko-Niagan	5	94.00	do. do. Danziger Delmühle	137.00	5	do.	3 Mon.	3
Landb. Centr.-Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ Mosko-Molensk	5	100.70	do. do. Prioritäts-Act.	125.00	5	do.	3 Mon.	3
Österr. Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ Rybinsk-Bologno	5	96.10	do. do. Neufeldt-Metalwaaren	110.00	8	do.	3 Mon.	3
Landb. Centr.-Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ Niagan-Noslog	5	92.75	do. do. Actien der Colonia	100.20	6 1/2	do.	3 Mon.	3
Österr. Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ Marib.-Leresopol	5	98.00	do. do. Leipziger Feuer-Versich.	162.20	60	do.	3 Mon.	3
Landb. Centr.-Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ Oregon Railw. Nav.Bks.	5	106.00	do. do. Bauverein Passage	71.60	5 1/2	do.	3 Mon.	3
Österr. Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ Northern-Pacif.-Eis. III.	5	91.40	do. do. Deutsche Baugewerkschaft	83.25	3 1/2	do.	3 Mon.	3
Landb. Centr.-Bdbr.	4	96.00	do. do.	4 1/2	—	Marib.-Misch.-St.-A.	1 1/2	60.00	+ do. do.	5	—	do. do.	—	—	do.	3 Mon.	3